

Anzahl rechter Gewalttaten in Brandenburg ungebrochen hoch

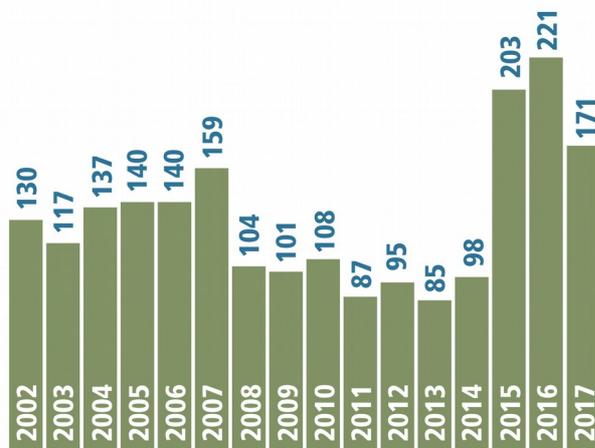
Ausmaß rassistischer Gewalt alarmierend – Schwerpunkt Cottbus – Regionale Ausdifferenzierung

Hintergrundpapier des Vereins Opferperspektive zur Veröffentlichung der Angriffszahlen rechter Gewalt 2017 in Brandenburg

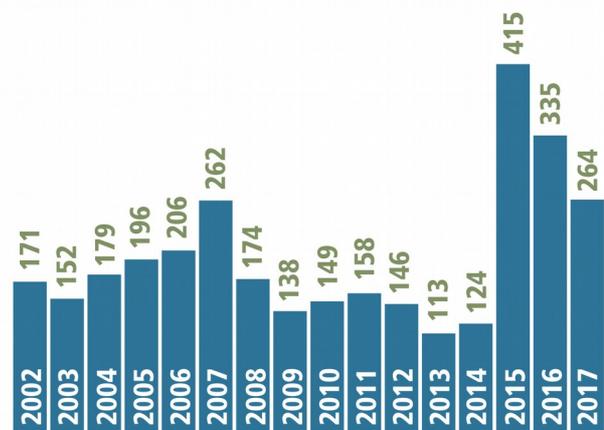
Entwicklung der Angriffszahlen

Für das Jahr 2017 hat der Verein Opferperspektive 171 rechte Gewalttaten erfasst. Dies stellt zwar einen Rückgang gegenüber den Vorjahren (2015: 203, 2016: 221 Angriffe) dar, allerdings ist die Gesamtzahl der Angriffe immer noch die dritthöchste, die seit Beginn des Monitorings im Jahr 2001 durch die Beratungsstelle dokumentiert wurde. Die Zahl der Körperverletzungsdelikte liegt sogar über der Zahl von 2015. Somit bleibt rechte Gewalt in Brandenburg ein gesamtgesellschaftliches Problem – vor allem in Hinblick auf rassistisch motivierte Taten. Ihr Anteil (84 Prozent) an der Gesamtsumme der gezählten Übergriffe ist höher als jemals zuvor.

Rechte Angriffe: Verlauf 2002-2017



Rechte und Rassistische Angriffe



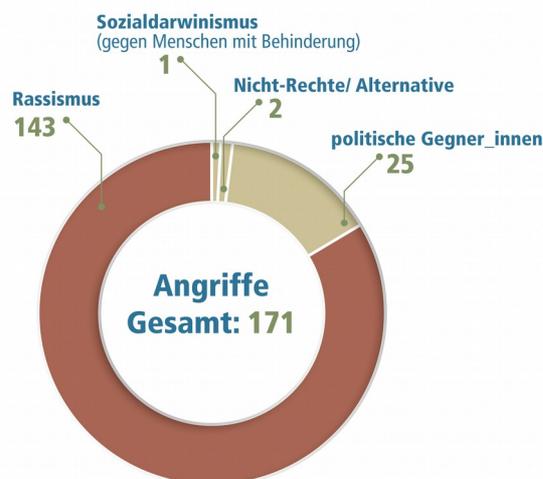
Direkt Betroffene

Tatmotivationen

Neben rassistisch motivierten Gewalttaten, die flächendeckend in sämtlichen Landkreisen in Brandenburg die häufigste Tatmotivation bilden, wurden durch die Opferperspektive vor allem körperliche Angriffe auf politische Gegner_innen registriert. Dabei handelt es sich oft um Taten, die sich im Umfeld von Demonstrationen ereigneten. Auch waren in diesem Jahr Menschen von Gewalt betroffen, die sich in der Flüchtlingsunterstützung engagieren. Hinsichtlich der 25 im Land Brandenburg verübten Übergriffe auf Personen, denen durch die TäterInnen eine politische Gegnerschaft zugeschrieben wurde, bildet Cottbus einen Schwerpunkt. Zu den 6 Taten, die in der kreisfreien Stadt gezählt wurden, kommen weitere 4 Übergriffe hinzu, die durch Angreifer aus dem rechten Cottbuser Hooliganspektrum in anderen

Brandenburger Städten begangen wurden. Lediglich zwei Angriffe auf Nicht-Rechte und Alternative wurden im Jahr 2017 durch die Beratungsstelle verzeichnet. In den vergangenen Jahren richteten sich die entsprechenden Übergriffe häufig gegen Jugendliche, mit dem Ziel diese von zentralen Plätzen und aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben. Eine Fokusverschiebung auf junge Geflüchtete bei rechten Tätergruppen diesbezüglich stellt aus Sicht der Opferperspektive einen Erklärungsansatz für den Rückgang bei Angriffen auf Alternative dar. Neben den oben beschriebenen Tatmotivationen wurde ein sozialdarwinistisches Gewaltdelikt, das sich gegen einen Menschen mit Behinderung richtete, registriert. Hier muss betont werden, dass der Verein wie auch bei den anderen Tatmotivationen von einer hohen Dunkelziffer ausgeht.

Rechte Angriffe: Tatmotivationen



Tatbestände

Weiterhin bilden Körperverletzungsdelikte, einfache wie gefährliche, die mit Abstand häufigsten Tatbestände. Die Anzahl liegt unter dem Niveau von 2016. Die Opferperspektive zählte 79 einfache und 69 gefährliche Körperverletzungen im Land, eine Gesamtzahl von 148 Delikten (2016: 186). Dementsprechend muss die Beratungsstelle sogar eine Zunahme der Körperverletzungsdelikte gegenüber dem Jahr 2015 (137 Delikte) konstatieren. Dem Rückgang der Gesamtangriffszahl im Vergleich zu 2015 liegt vielmehr eine deutliche Abnahme von registrierten Bedrohungen, Nötigungen und massiven Sachbeschädigungen zu Grunde. Für 2017 registrierte die Beratungsstelle 13 Nötigungen oder Bedrohungen (2016: 13) und 3 Fälle von massiver Sachbeschädigung (2016: 6). Die Opferperspektive geht hier davon aus, dass dieser Rückgang eher mit Gewöhnungseffekten und dadurch verringertem Meldeverhalten bei den Betroffenen verknüpft ist, als dass er eine tatsächliche Abnahme widerspiegelt. Deutlich verringert hat sich die Anzahl der Brandstiftungen – nur noch zwei solcher Taten wurden im vergangenen Jahr nach den der Beratungsstelle vorliegenden Daten verübt (2016: 9). Sie ereigneten sich in Kremmen und Templin. Der Angriff mit Molotov-Cocktails auf die Geflüchtetenunterkunft in Kremmen am 15. April 2017 wird durch die Opferperspektive als versuchtes Tötungsdelikt gewertet. Für die absinkende Zahl von Brandstiftungen wie auch Attacken, die sich direkt gegen Gemeinschaftsunterkünfte von Geflüchteten richteten, sind aus Sicht der Beratungsstelle zwei wesentliche Faktoren zu nennen: Zum einen staatliche Repression, die unter anderem beim Prozess zur „Nauener Zelle“ ein deutliches Signal aussandte; zum anderen sind Geflüchtetenunterkünfte – nun meist Jahre nach ihrer Eröffnung – im geringeren Maße als zuvor Fokuspunkt rassistischer Agitation in Brandenburg. Im Gegensatz zu den Vorjahren können die TäterInnen

nun nicht mehr hoffen, den Zuzug von Geflüchteten durch ihre Attacken zu verzögern oder gar zu verhindern. Die Opferperspektive erfasste für das Jahr 2017 einen Fall von versuchter schwerer Körperverletzung. In Großräschen in Oberspreewald-Lausitz, bei einer rassistisch motivierten Attacke auf Frauen und Kinder am 25. August 2017, trat der Täter einer schwangeren Frau gezielt und mit voller Wucht in den Bauch – im vollen Wissen um die Schwangerschaft der Betroffenen. Zwei weitere Attacken fallen hinsichtlich der Tatbegehung besonders ins Auge: In Rathenow und Fürstenwalde setzten rechte Gewalttäter Kraftfahrzeuge als Waffe ein, um die Geschädigten zu verletzen. Beide Taten waren rassistisch motiviert. Hinzu kommen noch jeweils ein Fall von Raub und ein Fall von Landfriedensbruch.

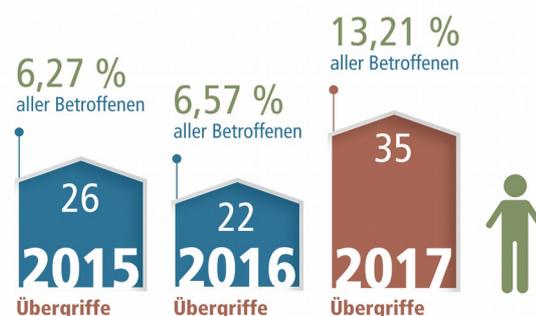
Rechte Angriffe: Tatbestände



Kinder als Betroffene

Im Jahr 2017 waren 264 Personen direkt und 161 Personen indirekt durch rechte Gewalttaten betroffen. Dies stellt einen Rückgang gegenüber den Vorjahren dar (2016: 335 direkt, 196 indirekt Betroffene). Entgegen des Trends deutlich zugenommen hat allerdings die Zahl der betroffenen Kinder (vollendetes 13. Lebensjahr oder jünger). Die Opferperspektive erlangte Kenntnis von 35 Kindern, die 2017 Opfer rechter Gewalttäter wurden – eine deutliche Zunahme gegenüber 2016 (22) und 2015 (26). Die jüngste Betroffene, die statistisch erfasst wurde, ein zweijähriges Kind afghanischer Herkunft, wurde gemeinsam mit ihrer sechsjährigen Schwester am 9. Mai 2017 in Lindow (Mark) körperlich angegriffen. Diese Entwicklung ist sicherlich besonders besorgniserregend, zeugt sie doch von einer fortschreitenden Auflösung gesellschaftlicher Tabus bei rechten Gewalttätern.

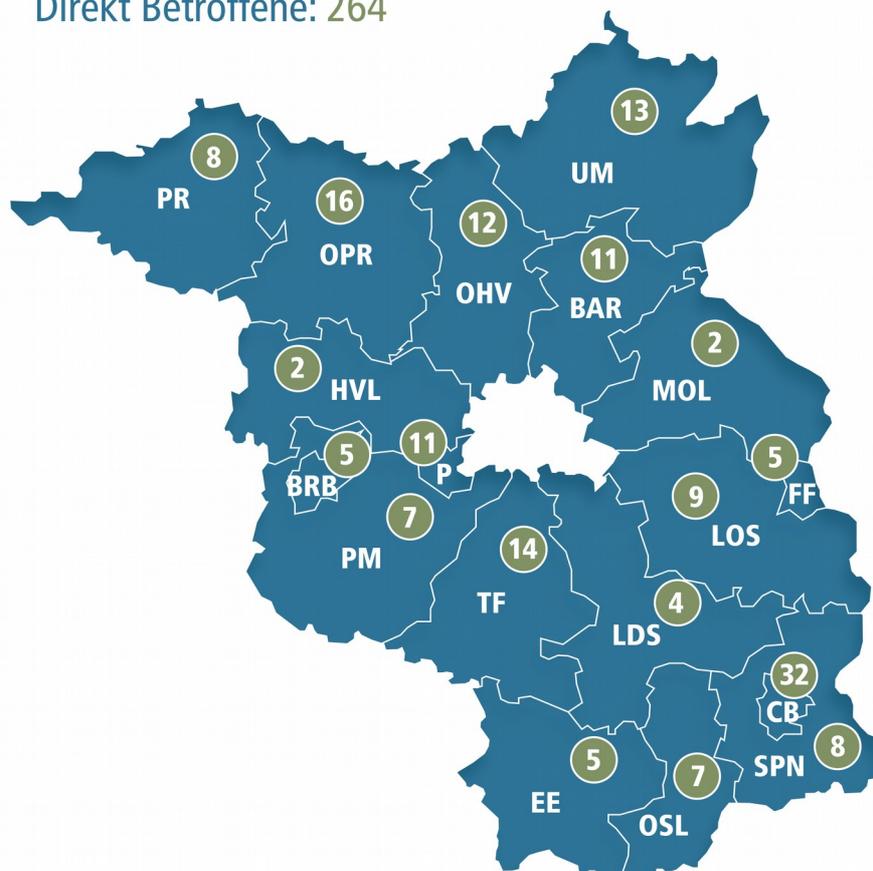
Übergriffe: Kinder (0-13 Jahre)



Regionale Ausdifferenzierung

Der im Jahr 2016 bereits durch die Opferperspektive festgestellte Trend der regionalen Ausdifferenzierung bezüglich rechter Gewalttaten hat sich auch im Jahr 2017 fortgesetzt und weiter verstärkt. Die kreisfreie Stadt Cottbus ist, wie im Vorjahr, mit 32 rechtsmotivierten Angriffen der Ort mit den meisten registrierten Angriffen. Dies stellt die zweithöchste Zahl rechter Übergriffe dar, die jemals in einem Landkreis, bzw. einer kreisfreien Stadt durch die Opferperspektive registriert wurde (Höchstzahl 41, ebenfalls Cottbus, 2016). Gleichzeitig gibt es in einigen Landkreisen teils erhebliche Rückgänge: In Spree-Neiße (von 27 Angriffen auf 8 Angriffe), Frankfurt (Oder) (von 16 Angriffen auf 5 Angriffe), in Märkisch-Oderland (von 13 Angriffen auf 2 Angriffe) und im Havelland (von 11 Angriffen auf 2 Angriffe) zeigt sich diese Entwicklung besonders deutlich. Dem entgegen stehen Steigerungen der Angriffszahlen in Teltow-Fläming (14 Gewalttaten), Oberhavel (12), Barnim (11) und der Prignitz (8). Neben Cottbus bleibt der Landkreis Ostprignitz-Ruppin mit 16 rechten Gewaltdelikten ein Schwerpunkt rechter Gewalt in Brandenburg. Die Taten verteilen sich im Landkreis gleichmäßig auf die größeren Gemeinden und Städte. Aus Sicht der Beratungsstelle fällt auf, dass die „Hotspots“ rechter Gewalt – Cottbus, der südliche Teltow-Fläming und Ostprignitz-Ruppin - mit Orten starker und gefestigter rechter Organisation zusammenfallen. Zwar werden rechte Gewalttaten keinesfalls ausschließlich durch Akteure der organisierten rechten Szene begangen. Jedoch führt die lokale Verankerung und Sichtbarkeit rechter Strukturen möglicherweise dazu, dass sich GelegenheitstäterInnen in ihrer Überzeugung, als „Vollstrecker des Volkswillens“ zu handeln, bestärkt fühlen und somit schneller und öfter Gewalt als Mittel einsetzen.

Gesamtzahl der Angriffe: 171
Direkt Betroffene: 264



Rassistische Gewalt verunmöglicht gesellschaftliche Teilhabe

Wie auch in den Vorjahren sind Geflüchtete die Hauptbetroffengruppe rechter Gewalt in Brandenburg. Bei rassistischen Gewaltdelikten kommen allerdings auch Übergriffe auf Personen mit zugeschriebenem oder realem Migrationshintergrund sowie auf internationale Studierende hinzu. Sie erleben rassistische Gewalt und Anfeindungen in allen Lebensbereichen: Durch NachbarInnen im eigenen Wohnumfeld, beim Sport, Einkaufen oder auf offener Straße. Verstärkt treffen die BeraterInnen Betroffene in einem Zustand großer Hoffnungslosigkeit: Der erfahrene Rassismus ist für die Angegriffenen so allgegenwärtig, dass die Möglichkeit eines Alltags jenseits dieser Erlebnisse völlig unrealistisch ist. Oft wird der tatsächliche körperliche Angriff nicht mehr als herausragendes Ereignis wahrgenommen, sondern als ein weiterer Baustein in einer Kontinuität der Ablehnung, die psychisch wesentlich schwerer wiegt. Wege aus dieser Situation zu finden ist nicht nur eine große Herausforderung für die Betroffenen, die Unterstützer_innen vor Ort und die BeraterInnen der Opferperspektive. Sie ist vielmehr eine zentrale Problemstellung für die Landespolitik und die Brandenburger Gesellschaft. Hier muss der in der Landesverfassung formulierte Anspruch, als Land der „Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts“ entgegen zu treten, mit Leben gefüllt werden. Das eben dort erwähnte „friedliche Zusammenleben der Menschen“ wird in Brandenburg durch rassistische GewalttäterInnen Tag für Tag in Frage gestellt.

In den allermeisten Fällen führt rassistische Gewalt bei betroffenen Geflüchteten zu einem Rückzug aus dem öffentlichen Raum, ins Private. Die durch RassistInnen erzwungene Isolation verstärkt aber oft die psychischen Auswirkungen der Angriffe und erschwert die Verarbeitung der Gewalterfahrung, die bei Menschen mit Fluchtbiographie häufig nicht die Erste ist. Selbst die alltäglichsten Dinge, wie das Einkaufen von Lebensmitteln, werden zu einer komplexen Aufgabe: Telefonketten werden gebildet, Freund_innen um Unterstützung gebeten, damit die Wohnung nicht mehr verlassen werden muss, Unternehmungen außerhalb werden auf das Notwendigste beschränkt. Dies sind die Begleitumstände, unter denen viele Geflüchtete versuchen müssen, in der Brandenburger Gesellschaft anzukommen. Eine Gesellschaft, in der sich Alteingesessene und Neuangekommene auf Augenhöhe begegnen können, ist nicht möglich, solange im öffentlichen Raum die Orte fehlen, an denen sich Geflüchtete angstfrei bewegen können.

Cottbus: Rechte Gewaltwelle flankiert von rassistischer Kampagne

Für die kreisfreie Stadt Cottbus wurden erneut die mit Abstand meisten rechten Gewalttaten im Jahr 2017 registriert. Mit Blick auf die Zahlen der Vorjahre lässt sich festhalten, dass sich in der Stadt eine gewalttätige Stimmung, vor allem gegenüber Geflüchteten, verfestigt hat. Schwerpunkte bei rassistischen Gewalttaten waren im vergangenen Jahr insbesondere der Innenstadtbereich um die Stadthalle sowie der Stadtteil Sandow. Der Großteil der Betroffenen in Cottbus sind jugendliche Geflüchtete unter 18 Jahren. Nicht selten führen die rassistischen Attacken dazu, dass die sowieso schon große Herausforderung eines neuen Umfelds, der Integration in Schulen und Vereinen, als nicht mehr bewältigbar erlebt wird. Es ist gerade die Permanenz rassistischer Ablehnung, die den jungen Betroffenen ein Gefühl von Ausweglosigkeit gibt. Zu kämpfen haben sie nicht nur mit der Verarbeitung der Gewalttaten, auch der Eindruck, in Cottbus trotz aller Erfahrungen in erster Linie als potenzielle „Täter_innen“ wahrgenommen zu werden, verstärkt Angst und Verunsicherung.

Aussicht auf Besserung besteht aus Sicht der Beratungsstelle nicht. Ganz im Gegenteil ist im Zuge der Demonstrationen des rassistischen Vereins „Zukunft Heimat“ eine Mobilisierungsplattform entstanden, die unterschiedlichste Strömungen des lokalen, regionalen und überregionalen rechten Spektrums vereint und vernetzt. Rassistische Gewalt wird somit zusätzlich durch die aktuelle Straßenmobilisierung legitimiert, indem sie als „Notwehr“ gegen einen angeblichen durch Zuwanderung bedingten „Volksaustausch“ umgedeutet wird. Zudem greifen die Akteure von „Zukunft Heimat“, AfD, Identitärer Bewegung, PEGIDA und „Ein Prozent“ mit der Rhetorik des „großen Austausches“ bewusst oder unbewusst Elemente der „Volkstod-Kampagne“ der verbotenen neonazistischen „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“ auf. In der

Lausitz finden die rechten und rassistischen Gruppierungen nicht nur thematisch bereits bereiteten Boden, sie können auch auf das Bewegungswissen und die Mobilisierungskraft einer lokal verankerten Szene bauen. Dementsprechend kann es nicht überraschen, dass die Demonstrationen in Cottbus einen Anziehungspunkt für die subkulturelle, militante rechte Szene inklusive der örtlichen rechten Hooliganszene bilden und es im Umfeld der Demonstrationen wiederholt zu Übergriffen auf politische Gegner_innen aus diesem Personenkreis kommt. Dadurch, dass Cottbus zum Fokus einer bundesweiten rassistischen Kampagne geworden ist, wirken hier Fliehkräfte, die nicht mehr alleine durch die in Cottbus aktive Zivilgesellschaft zu bewältigen sind. Auf der Straße kann so nur punktuell Widerspruch formuliert werden. Verstärkt wird dies durch das Fehlen von Signalen staatlicherseits an einem für den Rechtsstaat neuralgischen Punkt: bei der juristischen Aufarbeitung rechter Gewalttaten. Die Dauer von Strafverfahren im Gerichtsbezirk Cottbus ist eine Zumutung für die Betroffenen rechter Gewalt. So ist eine rechtsmotivierte Attacke aus dem April 2012, die bereits zur Veröffentlichung der Statistik vor Jahresfrist Erwähnung fand, immer noch nicht vor dem Landgericht verhandelt worden. Das Verfahren ist weitere zwei Male verschoben worden und nun für September 2018 angesetzt. Somit hat eine damals 12-jährige Zeugin vor Verfahrensabschluss die Volljährigkeit erreicht. Hier fehlt das staatliche Zeichen, dass rechte Gewalttaten gesellschaftlich geächtet werden – währenddessen wird Rassismus auf der Straße militant durchgesetzt.

Es braucht deutliche Signale und praktische Unterstützung durch Kommune und Land für diejenigen, die vor Ort von rechter und rassistischer Gewalt betroffen sind und/oder sich für eine demokratische und offene Stadtgesellschaft einsetzen. Eine Zugangssperre oder ähnliche Instrumente, die darauf ausgerichtet sind, die Präsenz von Geflüchteten in Cottbus einzuschränken, stehen diesem Ansinnen diametral entgegen. Ganz im Gegenteil dürften sich diejenigen, die durch rassistische Ressentiments die Gewalt gegen Menschen mit Migrationsgeschichte anheizen, in ihrem Kurs bestätigt fühlen. Dadurch entsteht die Gefahr, dass Cottbus zum Vorbild für rassistische Kampagnen in weiteren Kommunen im Land Brandenburg wird.

Südlicher Teltow-Fläming: Rassistische Gewalt nimmt zu, Zivilgesellschaft unter Druck

Bereits in den vergangenen Jahren gerieten Jüterbog und die angrenzende Region im südlichen Teil des Landkreises Teltow-Fläming durch erhebliche rechte Gewalttaten in den Blickpunkt der Opferperspektive. Das kirchliche Begegnungszentrum „Turmstübchen“ in Jüterbog, das in dieser Zeit Geflüchteten als Treffpunkt diente, wurde 2015 durch einen Sprengstoffanschlag vollständig zerstört. Im Oktober 2016 wurde – ebenfalls in Jüterbog – eine Unterkunft für unbegleitete, minderjährige Geflüchtete durch Neonazis mit mehreren Molotowcocktails beworfen. Nur durch glückliche Umstände wurde keiner der Bewohner schwer verletzt. Im Jahr 2017 hielt der Trend von schweren rassistisch motivierten Angriffen im südlichen Teltow-Fläming an. So kam es in Niedergörsdorf zu mehreren rassistisch motivierten Angriffen auf Geflüchtete, die in der dortigen Flüchtlingsunterkunft leben müssen. Die Betroffenen wurden schwer verletzt. Im Februar 2017 überfielen Rechte einen städtischen Jugendclub in Jüterbog und griffen dort jugendliche Geflüchtete an, die sich in ihrer Freizeit im Jugendclub aufhielten. Die juristische Aufarbeitung des Angriffs verläuft nur schleppend und bisher ohne Folgen für die Angreifer.

In Jüterbog herrschte im vergangenen Jahr ein Klima der Angst und Bedrohung für Geflüchtete und Unterstützende. Beratungsnehmende und Kooperationspartner_innen der Opferperspektive, die sich solidarisch auf der Seite von Geflüchteten positionieren und engagieren, berichten dem Verein von Beleidigungen, Hetze gegen ihre Person und massiven Bedrohungen – bis hin zu Morddrohungen. Angeheizt und verschärft wird dieses Klima durch rassistische Äußerungen des Bürgermeisters der Stadt, Arne Raue. Hier ist nicht zu vernachlässigen, dass der Bürgermeister sich in seiner fortwährenden rassistischen Agitation der Unterstützung und Zustimmung weiterer Teile der Stadtgesellschaft sicher sein kann. Diese soziale Basis wird sich wiederum durch die Hetze des Bürgermeisters in ihrem ablehnenden Handeln gegen Geflüchtete gestärkt sehen. So werden lokale Realitäten durch das Verhalten des Stadtobers geprägt. Das Beispiel Jüterbog verdeutlicht, was es bedeutet, wenn rassistische Forderungen und Haltungen, verbunden mit den

entsprechenden Durchsetzungsmöglichkeiten, Eingang in die Kommunalpolitik finden. In Luckenwalde steht der Jugendclub der sozialistischen Jugendorganisation „Die Falken“ im Fokus der Rechten. Vor allem ab der zweiten Jahreshälfte 2017 kam es dort wiederholt zu rechten Aktionen, die gegen den Jugendclub gerichtet waren. Dazu zählen u.a. Schmierereien, bspw. das Aufsprühen eines Hakenkreuzes auf die Fassade des Jugendclubs. Zudem kam es zu gezielten Sachbeschädigungen und einem Einbruch in die Garage des Hauses. Der Jugendclub der „Falken“ in Luckenwalde bietet eine offene Anlaufstelle auch für geflüchtete Jugendliche und Kinder und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl in der Stadt - und wird deshalb zum Angriffsziel.

Ausblick

Die Entwicklung hinsichtlich rechter Gewalt bleibt besorgniserregend. Rassistische Gewalt, die sich in erster Linie gegen Geflüchtete richtet, ist zur Normalität in Brandenburg geworden. Die andauernden rechten Übergriffe sind verknüpft mit einer rassistischen Mobilisierung in Südbrandenburg. Dazu kommt im gesamten Land eine feindliche Stimmung gegen Geflüchtete und Muslim_innen, welche längst nicht nur in der subkulturellen rechten Szene verwurzelt ist. Diese hat Teile der Gesellschaft erfasst, die zuvor durch rechte Akteure nicht erreichbar waren. Eine neue Dynamik gewinnt die Situation durch die AfD, die sich mit ihrer politischen Ausrichtung in Brandenburg immer eindeutiger dem rechtsradikalen Spektrum zuordnen lässt und als bei Wahlen erfolgreicher Ausdruck dieser Stimmung fungiert. Die hasserfüllte Präsenz und Lautstärke, die rassistische Positionen derzeit in gesellschaftlichen Debatten haben, erwecken bei rechten GewalttäterInnen den Eindruck, dass die Mehrheit der Gesellschaft hinter ihren Taten steht. Es besteht in dieser Situation die Gefahr, dass Rassismus und Gewalt Gegenpositionen aus den politischen Diskussionen vor Ort verdrängen. Wenn sich rassistische GewalttäterInnen derart als gesellschaftlich wirksam erleben, existiert die Möglichkeit, dass diese Erfahrung auch zukünftig reaktivierbar bleibt. Die Betroffenen der rechten Angriffe hingegen fühlen sich derzeit so bedroht und verunsichert, dass eine gesellschaftliche Teilhabe für sie nur stark eingeschränkt möglich ist. Selbst bei einem Rückgang rechter Gewalt wird es längere Zeit dauern, bis das Vertrauen in Gesellschaft und Institutionen wieder ein Maß annehmen kann, welches für ein unbelastetes Zusammenleben notwendig ist.

Opferperspektive e.V.
Potsdam, 13.03.2018